

## SECURITY LAWS: OPPORTUNITIES AND CHALLENGES FOR CONFLICT RESOLUTION

**KAS organisierte gemeinsam mit dem Institute of Security and International Studies (ISIS) und der Cross Cultural Foundation (CrCF) ein öffentliches Forum, in dem die Anwendung von Sicherheitsgesetzen kontrovers diskutiert wurde.**

In den letzten Jahren haben thailändische Regierungen immer wieder das Notstandsrecht verhängt um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Auch nach dem Ende der gewaltsamen Ausschreitungen im April und Mai dieses Jahres, stehen Bangkok und weitere Provinzen weiterhin unter Notstand. In den südlichen drei Provinzen ist das Notstandsrecht kombiniert mit weiteren Sicherheitsgesetzen durchgehend seit 2004 in Kraft. Das Notstandsrecht schränkt die Grundrechte der Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit ein und räumt Militär und Polizei größere Befugnisse bei Inhaftierungen ohne Gerichtsbeschluss ein.

Die Aktualität der Thematik zog eine Vielzahl an Teilnehmern aus unterschiedlichen Bereichen an. So wurde die Veranstaltung von Botschaftern, Akademikern, Mitgliedern von NROs und Journalisten aufmerksam verfolgt. Dr. Panitan Wattanayagorn, Sprecher der Regierung und Vize Generalsekretär des Premiers, stand nicht nur für eine einführende Rede, sondern auch für eine intensive Fragestunde zur Verfügung. An den Panels nahmen neben Rechtsexperten, Vertreter des National Human Rights Commission, der Polizei, des Militärs, des Verwaltungszentrums der südlichen Provinzen teil.

Der Regierungssprecher verteidigte in seiner Rede die Verhängung des Notstandsrechts aufgrund der noch instabilen Lage, räumte aber auch ein, dass Reformen notwendig seien, um eine zivile Kontrolle zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang hob er die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen hervor. Mit dem Verweis auf aktuelle Zahlen von unter dem Notstandsrecht Inhaftierten und der Verneinung von unrechtmäßigen Verhaftungen beendete er seine Rede und sorgte zugleich für eine umfassende Fragerunde. Insbesondere ging es um Fragen wie Bedingungen für die Aufhebung, die striktere Anwendung des Notstandsrechts in den südlichen Provinzen, dem Vergleich mit internationalen Standards. Panitan musste eingestehen, dass zum Beispiel aufgrund der bestehenden Immunität von Amtsträgern (Polizei, Militär) ein Vergleich zu Ungunsten Thailand ausfiele. Zudem verteidigte er die These, dass Gefangene in Thailand nicht dem Konzept politischer Gefangener gerecht würden. Abschließend lud er zivile und internationale Organisation dazu ein einen Dialog zu starten. Dieser solle einen Abgleich der Daten erleichtern um eine gemeinsame Basis zu schaffen.

Das erste Panel des Tages zum Thema **Analysis of security laws and its implications** wurde von Prof. Viti Muntarbhorn, Rechtsfakultät der Chulalongkorn, stürmisch eröffnet. Anhand eines Rasters wurden die fünf derzeit gültigen Sicherheitsgesetze analysiert und bewertet. Die Existenz von Sicherheitsgesetzen sei prinzipiell legitim, jedoch habe sie in Thailand eine ausufernde Form und nach mehr als 20 Verlängerungen dieser in den südlichen Provinzen eine mehr als fragwürdige Berechtigung. Vor allem die Verlinkungen des Internal Security Acts

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LAND

DR. CANAN ATILGAN

Oktober 2010

[www.kas.de/thailand](http://www.kas.de/thailand)

(ISA) mit anderen Gesetzen und die zweifelhafte Ausübung bzw. Ausnutzung führe zu einer Situation des ruled by exceptionalism. Kritik übte Vitit unter anderem an der mangelnden Möglichkeit Sicherheitskräfte zu belangen, dem verweherten Zugriff von Gefangenen auf Anwälte, die Nichtverhängung von Bewährungsstrafen, die Aufeinanderfolgung von Haftbefehlen, die Misshandlung Strafgefangener, und den Sinn und Zweck des Training camps, die das ISA vorsieht. Dieser Artikel sorgte auch im weiteren Verlauf für Unmut seitens der Teilnehmer. Er sieht vor, dass etwaige Straftäter durch Selbstanzeige unter ISA für bis zu sechs Monate in ein Training gelangen. Hierdurch werden sie von der „Schwarzenliste“ gestrichen. Diese Maßnahme sei laut Vitit höchst zweifelhaft und würde nur aus Angst vor weiteren Schikanierungen in Anspruch genommen. Abschließend gab Prof. Vitit Empfehlungen für eine verbesserte Sicherheitslage in Thailand ab, welche die Möglichkeit einer Anfechtung der Notstandsgesetzgebung, die genauen Schritte zur Aufhebung des ISA und die Einforderung von Grundrechten wie die Hinzuziehung eines Anwalts einschlossen. Im weiteren Verlauf des Panels wurde vor allem auf Checks und Balances der Sicherheitsgesetzgebung eingegangen, die auf ziviler Ebene nicht existent seien. Section 21 des ISA wurde dann abermals Hauptfokus der Präsentation über die Implementierung des ISA in Songkla. Oftmals seien Ortsansässige nur wenig über die Konsequenzen dessen informiert. Angeprangert wurde weiterhin, dass bis dato der Notstand im Süden Thailands nicht offiziell bei der UN deklariert wurde, was er notwendig sei, um Legitimität zu erlangen.

Das zweite Panel mit dem Thema **Effectiveness of Security Laws in Responding to the Insurgency in the Deep South** wurde mit Vertretern der Polizei und des Militärs sowie Experten aus Verwaltung und Rechtspraxis aus den südlichen Provinzen besetzt. Hier wurde die unterschiedliche Bewertung der Situation besonders deutlich. Während die zivile Seite für eine Aufhebung der Noztstandsgesetzgebung plädierte, wurde von Seiten der Sicherheitsinstitutionen auf die Erfolge in der Bekämpfung von Terroristen verwiesen und die immanente

Gefahr bestätigt. Rungrawee Chalernsripinyorat von der International Crisis Group machte in ihren Ausführungen deutlich, dass die Regierung ihr Versprechen den Notstand aufzuheben und Militär abzuziehen nicht eingelöst hat. Ähnlich wäre die Regierung Ankündigungen nach Dezentralisierung und Reform des Justizsystems nicht nachgekommen.

Es zeigte sich, dass die Kluft zwischen Sicherheitsorganisationen auf der einen Seite und NROs und der Wissenschaft auf der anderen Seite bezüglich der Sicherheitslage und des Nutzens der Sicherheitsgesetze sehr groß ist. Vor allem im Süden des Landes stößt die Anwendung von gleichzeitig verschiedenen Sicherheitsgesetzen auf vehemente Kritik.